

Jessikka Aro
Putins Armee der Trolle



JESSIKKA ARO

PUTINS ARMEE DER TROLLE

Der Informationskrieg des Kreml
gegen den Rest der Welt

Ins Deutsche übertragen von
Katharina Diestelmeier, Enrico Heinemann
und Bernhard Schmid

GOLDMANN

Die finnische Originalausgabe erschien 2019 unter dem Titel »Putinin trollit – Tositarinoita Venäjän infosodan rintamilta« bei Johnny Kniga Publishers (Helsinki/Finnland).

Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen, verlagsüblich zu nennen und zu honorieren. Sollte uns dies im Einzelfall aufgrund der schlechten Quellenlage bedauerlicherweise einmal nicht möglich gewesen sein, werden wir begründete Ansprüche selbstverständlich erfüllen.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Deutsche Erstausgabe August 2022

Copyright © 2022 by Wilhelm Goldmann Verlag, München, in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH, Neumarkter Str. 28, 81673 München

Copyright © 2019 der Originalausgabe by Jessikka Aro

Die deutsche Ausgabe wurde im Einvernehmen mit Jessikka Aro und Elina Ahlback Literary Agency (Helsinki/Finnland) veröffentlicht. Übersetzung ins Deutsche nach der US-amerikanischen Ausgabe »Putin's Trolls. On the Frontlines of Russia's Information War Against the World« (2022) mit freundlicher Genehmigung von Ig Publishing, New York.

Umschlaggestaltung: UNO Werbeagentur München

Umschlagmotiv: © Stefan Dimitrov/Süddeutsche Zeitung

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

EB · CF

ISBN 978-3-442-31694-6

www.goldmann-verlag.de

*Ich widme dieses Buch den starken Frauen in meiner Familie.
Meiner Großmutter Mannukka, die sich als Teenager freiwillig
zur Flugwacht meldete, um Finnland vor sowjetischen Bombern
zu warnen.*

*Meiner anderen Großmutter Hilja, die vor den Sowjets aus
Karelia floh und sich weder Geist noch Seele von den Besatzern
unterjochen ließ.*

Meiner Mutter Hilkka, die so voller Liebe ist.

Meiner Schwester Pipsa, dem Höchsten Wesen.

*Meinen Tanten Kaisu und Ritu, die mir gezeigt haben, wie Finnen
ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nutzen sollten.*

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 9 |
| 1. Flucht | 13 |
| 2. Der Diplomat | 29 |
| 3. Psyops | 61 |
| 4. Der Freiwillige | 69 |
| 5. Millionen Views | 99 |
| 6. Der Geschäftsmann | 103 |
| 7. Spezialkurs an der Staatlichen Universität Moskau | 153 |
| 8. Die Reporter | 159 |
| 9. Sawuschkina-Straße 55 | 189 |
| 10. Der Wissenschaftler | 195 |
| 11. Die Wirkung der Trolle | 217 |
| 12. Die Denkfabrikantin | 225 |
| 13. What the F...k??!! | 245 |
| 14. Der Recherche-Blogger | 261 |
| 15. Der Prozess | 299 |
| 16. Die Insiderin | 309 |
| 17. Die Rückkehr | 331 |
| Danksagung | 355 |
| Quellen | 357 |

Vorwort

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar 2022 stand ich auf, um mein Neugeborenes zu stillen. Als meine Kleine wieder eingeschlafen war, sah ich mich noch auf Twitter um. Unruhig wie ich war, hätte ich ohnehin nicht mehr einschlafen können.

Fast acht Jahre lang hatte ich mich mit dem russischen Informationskrieg und den Auswirkungen von Propaganda in den sozialen Medien befasst. Während dieser ganzen Zeit hatten russische Online-Trolle Hass gegen die Ukraine verbreitet und damit das Fundament für weitere militärische Übergriffe gelegt. Dabei hatten sie jeden ins Visier genommen, der auf die Bedrohung durch den russischen Informationskrieg aufmerksam machte und öffentlich für die Ukraine eintrat.

Während ich so dasaß und durch Twitter scrollte, kam es plötzlich zu einem Tsunami von Tweets: Der russische Präsident Wladimir Putin hatte eine »spezielle Militäroperation« gegen die Ukraine erklärt. Aus verschiedenen Teilen der Republik meldete man Explosionen. Noch während der Ausstrahlung von Putins aufgezeichnete Fernsehsprache wurde klar, dass Russland einen Krieg vom Zaun gebrochen hatte. Russische Soldaten hatten begonnen, ukrainische Städte einzunehmen und verübten bereits Kriegsverbrechen im großen Stil.

Putins Kriegserklärung war ein so erschreckendes wie stereotypes Beispiel für den Informationskrieg des Kreml. Sie griff gleich mehrere als Feinde Russlands deklarierte Parteien an, und richtete sich an verschiedene Zielgruppen: die russische Bevölkerung,

die Ukrainer, die ukrainischen Streitkräfte, die internationale Gemeinschaft, westliche Entscheidungsträger und die Bevölkerung der westlichen Welt.

Wladimir Putin verschärfte seine Hasspropaganda, gelobte jetzt offen und öffentlich, die Ukraine zu »entmilitarisieren und zu entnazifizieren«. Neonazis hätten die Ukraine als Geisel genommen und sich eines Völkermords schuldig gemacht, weshalb Russland laut Putin hatte »intervenieren« müssen. Es war dies nichts weiter als eine auf Lügen gebaute Rechtfertigung für seinen Angriffskrieg. Er stachelte damit die russischen Truppen zu noch schlimmeren Gräueln gegen die ukrainische Zivilbevölkerung an.

Auch an die ukrainischen Streitkräfte appellierte Putin und verfolgte damit ein weiteres Ziel des Informationskriegs: die Truppen des Gegners zu demoralisieren, sie davon zu überzeugen, ihre »neonazistische« Führung gar nicht erst zu verteidigen, sondern sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu widersetzen, »sofort die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen«. Außerdem weitete er den Kreis der »Feinde Russlands« weiter aus und bezichtigte die führenden NATO-Länder der Unterstützung der angeblichen ukrainischen Neonazis.

Schließlich drohte Putin dem Westen und der internationalen Gemeinschaft an sich. Er griff verbal alle an, die auch nur versucht sein könnten, sich in Russlands Militärschlag gegen die Ukraine »einzumischen«. Unter solchen Umständen, so drohte Putin, würde Russland »sofort reagieren, und zwar mit Konsequenzen, wie Sie sie in ihrer ganzen Geschichte noch nicht erlebt haben«. Damit beugte er, jedenfalls seiner Ansicht nach, jeder Militärhilfe und anderen Interventionen vor.

Nach Putins Rede setzten hochrangige russische Amtsträger den Informationskrieg fort, indem sie die Möglichkeit eines Dritten Weltkriegs, ja sogar eines Atomkriegs zur Sprache brachten, sollten sich die Dinge nicht im Sinne der russischen Regierung entwickeln. Im Laufe des Frühjahrs stufte der Kreml die Mitgliedsländer

der Europäischen Union als »feindlich« ein und drohte Finnland, Schweden und Bosnien im Falle eines NATO-Beitritts mit Konsequenzen. Das russische Außenministerium hat eine verschleierte Drohung an die zivile Luftfahrt der EU- und NATO-Länder ausgesprochen, sollten sie der Ukraine weiterhin Militärhilfe leisten.

Bei derartigen Äußerungen handelt es sich um Angriffe im Rahmen des russischen Informationskriegs. Sie zielen sowohl auf den Verteidigungswillen der Ukraine selbst, als auch auf die Bereitschaft anderer Länder, sie zu unterstützen.

Währenddessen hat die ukrainische Führung die Welt inständig um Hilfe gebeten: Gewehre, Waffensysteme, schwere Waffen, Kampfflugzeuge. Die Ukrainer benötigen sie, um nicht nur ihr eigenes Land zu verteidigen, sondern auch die internationale Gemeinschaft, die der Kreml ins Visier genommen hat.

Im Frühjahr 2022 scheint der Informationskrieg des Kreml Wirkung gezeigt zu haben: Nicht alle Staats- und Regierungschefs waren sofort nach dem 24. Februar zur militärischen Unterstützung der Ukraine bereit, möglicherweise aus Angst, selbst zur Zielscheibe von Putins Aggression zu werden. Einige westliche Politiker führten die Drohungen des Kreml sogar in ihrer Argumentation gegen eine Unterstützung der Ukraine an.

So versuchte Bundeskanzler Olaf Scholz monatelang, die Lieferung schwerer deutscher Waffen an die Ukraine bewusst zu verhindern. Von den Medien damit konfrontiert, wiederholte er Drohungen aus dem Kreml. Deutschland könne, falls man Panzer schicke, »als Kriegspartei« wahrgenommen werden. Scholz erklärte: »Eine Eskalation in Richtung NATO zu vermeiden, hat für mich höchste Priorität«.*

* »Es darf keinen Atomkrieg geben«, Interview aus DER SPIEGEL (17/2022), <https://www.spiegel.de/politik/olaf-scholz-und-der-ukraine-krieg-interview-es-darf-keinen-atomkrieg-geben-a-ae2acbf-8125-4bf5-a273-fbcd0bd8791c>

Zu diesem Zeitpunkt beging Russland in der Ukraine bereits zwei Monate lang Kriegsverbrechen und Völkermord. Russische Truppen hatten Hunderttausende von Ukrainern, sowohl Erwachsene als auch Kinder, gefoltert, teils gewaltsam nach Russland verschleppt. Man fand Massengräber voll Zivilisten. Russische Soldaten machten selbst vor neun Monate alten Babys nicht Halt. Und dennoch zauderte Bundeskanzler Scholz, einer der einflussreichsten Politiker der westlichen Allianz, der Ukraine die dringend benötigte Hilfe zu gewähren.

Das kommt einer Kapitulation auf Kosten der ukrainischen Zivilbevölkerung gleich. Derlei Entscheidungen westlicher Staatsoberhäupter sind der wesentliche Grund, weshalb der Kreml seinen Informationskrieg führt: Er stoppt auf diese Weise seine Feinde, ohne einen bewaffneten Krieg gegen sie zu führen.

Der Informationskrieg des Kreml stellt eine Bedrohung für die nationale Sicherheit zahlreicher Länder dar. Die Staatsoberhäupter der freien und demokratischen Welt müssen Mittel und Wege finden, ihre Länder gegen das vom russischen Staat gesteuerte Informationsbombardement zu verteidigen. Wir sollten die Angriffe endlich als das anerkennen, was sie sind: kriegerische Handlungen, die sofort aufzudecken und in Echtzeit zu bekämpfen sind. Nur so lassen sich ihre negativen Auswirkungen auf Zivilisten vermeiden, nur so können wir verhindern, dass im Westen weiterhin Bürger dem russischen Informationskrieg zum Opfer fallen.

Ich habe dieses Buch ursprünglich 2018 geschrieben. Es ist mein bescheidener Versuch, der Welt zu zeigen, mit welcher gefährlicher Maschinerie wir es hier zu tun haben und wie sich dieser Informationskrieg gewinnen lässt.

*Jessikka Aro,
Espoo im Juni 2022*

1. Flucht

Im Februar 2017 floh ich aus meiner finnischen Heimat. Unmittelbar vor meinem Abflug hielt ich in Helsinki vor Vertretern der finnischen Nationalpolizei noch einen Vortrag über die Gefahren von Fake News und russischer Propaganda.

Finnland, so hatte man uns in der Schule beigebracht, sei eines der sichersten Länder der Welt. Aber was mich anbelangte, eine einfache Journalistin bei Yleisradio oder Yle, wie man Finnlands öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt gemeinhin nennt, so sah ich mein Grundrecht auf Sicherheit in meiner eigenen Heimat ernsthaft infrage gestellt, und das allein meines Berufes wegen.

Vor meiner unfreiwilligen Ausreise hatte ich eine zweieinhalb-jährige Hetzkampagne hinter mir, die von übler Nachrede in den Medien bis hin zu Morddrohungen reichte. Hassseiten im Internet hatten es sogar geschafft, einige Freunde von mir einer Gehirnwäsche zu unterziehen und zu Feinden zu machen. Diesen Websites zufolge war ich eine Lügnerin, eine Kriminelle, eine Geistesranke. Anonyme User schlugen mir diverse Methoden der Selbsttötung vor. Ein wildfremder Mensch meinte, ich sollte mich aufhängen, ein anderer empfahl einen »russischen Selbstmord«: Jemand sollte mich vor einen U-Bahn-Zug stoßen, aber so, dass es nach einem Suizid aussah. Nach Ansicht eines Dritten sollte »der Hure jemand eine Kugel in den Kopf jagen, nach russischer Art«. Ich brauchte nur meinen Laptop zu öffnen oder einen Blick auf mein Handy zu werfen, schon sah ich mich mit einem schier endlosen Strom auf mich bezogener Mordfantasien konfrontiert.

Ich hatte Angst, die psychische Gewalt im Internet könnte in physische Gewalt umschlagen. Um meine Sicherheit besorgt, ließ ich bei mir unter anderem eine Alarmanlage installieren.

Was mich zur Zielscheibe einer derartigen Bösartigkeit gemacht hatte? Ich war eine investigative Journalistin, die Russlands Informationskrieg in den sozialen Medien aufs Korn genommen hatte. Das war der einzige Grund.

Als ich mich im September 2014 an etwas setzte, woraus schließlich meine weltberühmte Recherche über die Aktivitäten russischer Online-Propaganda-Trolle werden sollte, war ich dreiunddreißig Jahre alt. Mein Leben war unbeschwert; ich spielte mit dem Gedanken, eine Familie zu gründen. Feinde hatte ich meines Wissens keine, und die Online-Welt interessierte sich nicht für mich.

Als Journalistin hatte ich mich auf Russland und extremistische Gruppierungen spezialisiert. Zu Beginn meiner Laufbahn hatte ich eine Zeitlang in Russland gelebt und Präsident Wladimir Putins gesamte Amtszeit über ein Auge darauf gehabt, was für einen Druck sein Regime auf Journalisten ausübte, mit Repressalien bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord. Die Reporter, die bei ihren Recherchen über die Vergehen seines Regimes ihr Leben riskierten, waren beruflich Idole für mich.

Zwar hatte ich bereits über Rekrutierungspraktiken von Dschihadisten in den sozialen Medien und über das organisierte Verbrechen geschrieben, zur Hasskampagne gegen mich kam es jedoch erst aufgrund meiner Beschäftigung mit dem internationalen Informationskrieg des Kreml und der Mittel, derer er sich dazu bediente. Meine Peiniger versuchten, mich psychologisch auszupowern in der Hoffnung, ich würde irgendwann schon aus Gründen des Selbstschutzes meine Recherchen über die russi-

schen Operationen aufgeben und meine einschlägigen öffentlichen Äußerungen einstellen.

Durch meine journalistische Tätigkeit war ich durchaus vertraut mit extremem und brutalem Material. Immerhin hatte ich über Kriege berichtet, Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber nichts hatte mich auf das unkontrollierbare Buschfeuer diffamierender Memes, Threads, Bilder und Videos im Internet vorbereitet, die alle nur ein Thema hatten: mich!¹

Bevor ich Finnland verließ, tat ich alles in meiner Macht Stehende, um der Hexenjagd ein Ende zu machen oder wenigstens ihre verheerenden Auswirkungen auf mein Leben zu limitieren. So meldete ich Facebook, Twitter und YouTube jene Accounts, die gegen die Gemeinschaftsstandards verstießen, wie sie in den Nutzungsbestimmungen dieser Plattformen umrissen sind. Die Inhalte, so ließen die genannten Unternehmen mich mittels automatisierter Antworten wissen, verstießen keineswegs gegen ihre Gemeinschaftsstandards – und dabei lag das Gegenteil auf der Hand. Faktisch stellten diese Mediengiganten ihre Plattformen nur allzu gern für Content zur Verfügung, der auf staatlich gesponsorte Propaganda und Hassrede hinauslief.

Ich bat den finnischen Sicherheitsdienst – Finnlands Geheimdienst – um Hilfe. Ich klagte meine Frustration einem Polizisten, der mir erklärte, das finnische Recht biete schlicht keine Handhabe gegen die Art von Terror, dem ich mich ausgesetzt sah. Die einzige Möglichkeit wäre ein Strafantrag, aber so ein Verfahren könnte sich über Jahre hinziehen. Online-Propagandisten bedienen sich missbräuchlich der Gesetze und Rechtsordnungen westlicher Staaten, die für die Herausforderungen einer organisierten Verbreitung von Hass im Internet schlicht nicht gerüstet sind. Ich hatte das ungute Gefühl, selbst eine polizeiliche Untersuchung würde kein Ende des Terrors gegen mich garantieren.

Zu meinem Leidwesen behielt ich recht.

Als die Polizei ihre Ermittlungen aufnahm, sahen sich so einige der Beamten selbst aufs Korn genommen und online geschmäht und verleumdet. An sich vertrauliche Polizeiakten fanden ihren Weg an die Öffentlichkeit, und Fake-News-Sites bezichtigten *mich*, eine fingierte Untersuchung gestartet zu haben, was mir noch zornigere Angriffe einbrachte. Ich versuchte, auf die finnische Regierung einzuwirken und schlug eine Änderung der einschlägigen Gesetzeslage vor, um dem russischen Informationskrieg effektiver begegnen zu können. Ergebnis meiner Bemühungen war, dass ich mich erneut verunglimpft sah.

Über die Polizei hinaus bat ich auch meinen Arbeitgeber, Yle, um Unterstützung. Der Schutz seiner Angestellten gehört zu den Obliegenheiten eines Arbeitgebers, während es Sache der Polizei ist, Straftaten aufzuklären. Ich vertraute auf beide. Ich glaubte, man würde die Propagandisten eines Tages zur Verantwortung ziehen. Bis dahin müsste ich nur darauf achten, dass mir nichts passiert.

Die Zeit verging, aber nichts bremste die mafiose Internetgang in ihrer Mission, mein Leben zu ruinieren – meine Glaubwürdigkeit, meine berufliche Reputation. Die Alarmanlagen bei mir zu Hause schützten mich nicht vor dem endlosen Strom an Verleumdungen online, die Tausende gegen mich aufgebracht hatten.

Ich hatte zwei Möglichkeiten.

Entweder ich fuhr mit meinen Recherchen über den russischen Informationskrieg und meiner Aufklärungsarbeit fort und setzte mich damit weiter dem – digitalen wie physischen – Stalking und anderen Vergehen aus.

Oder ich gab meine Recherchen zum Thema auf und zog mich aus der Öffentlichkeit zurück, worauf man mich wahrscheinlich in Ruhe lassen würde.

Eines war klar: Die Drahtzieher hinter meiner Verfolgung versuchten, mich in Richtung der zweiten Option zu bugsieren. Aber aus Respekt vor dem Beruf des Journalisten und meiner Heimat

entschied ich mich fürs Weitermachen. Hätte ich mit meiner Berichterstattung über Russlands Online-Propaganda aufgehört, ich hätte mein Versprechen der Öffentlichkeit gegenüber gebrochen, das die Basis journalistischer Arbeit ist. Es ist die Pflicht des Journalisten, Lesern, Hörern und Zuschauern faktisch richtige Informationen zu vermitteln. Hätte ich, und sei es aus Angst, meine Recherchen über die Trolle und Fake News des Kreml eingestellt, ich hätte meinem Publikum das allgemeine Menschenrecht verweigert, die Wahrheit zu hören.

* * *

Russische Desinformation in den sozialen Medien, so konnte ich feststellen, gefährdet in einigen Ländern nicht nur die öffentliche Diskussion, sie stellt auch eine Bedrohung für die nationale Sicherheit dar. Entsprechend lag mir daran, die Öffentlichkeit über die Absicht dahinter aufzuklären, politische Stimmung für Russland zu machen; zum anderen wollte ich aufzeigen, wie das Land sich der Social-Media-Unternehmen zur Einmischung in die Angelegenheiten des Westens bedient.

Die Ereignisse im Gefolge meiner Warnungen gaben mir recht: 2016 mischten sich russische Trolle sowohl in die amerikanischen Präsidentschaftswahlen als auch in das britische Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union ein; sie förderten die Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen und schürten in Frankreich die Gewalt während der Gelbwesten-Proteste.

Ich bekam damals eine Menge dankbarer Zuschriften und positives Feedback für meine Arbeit, meine Recherchen wurden rund um den Globus zitiert. Alle Welt lud mich auf Konferenzen ein, und ich gab Interviews in den internationalen Medien.

Aber wenn ich in Finnland eine Straße entlangging, musste ich über die Schulter schauen. Meine schlimmste Befürchtung: ein psychisch instabiler Fake-News-Konsument könnte mich in sei-

nem Zorn überfallen. Die Polizei kam nach einer Bedrohungseinschätzung ebenfalls zu dem Schluss, ich sei in Finnland eine Zielscheibe für impulsive Gewalt – ich bräuchte nur mal zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Im Ausland dagegen, wo man weder mich noch die Websites kannte, auf denen man gegen mich hetzte, durfte ich wohl sicher sein.

Finnland war, in medialer Hinsicht, eines der sichersten und freiesten Länder der Welt – ist es immer noch. Nur nicht für mich.

Da ich meine Arbeit fortsetzen, weiterhin Informationen austauschen und Aufklärungsarbeit leisten wollte, blieb mir nichts anderes übrig, als Finnland zu verlassen. Schon gar, wenn ich mir endlich meinen sehnlichsten Wunsch erfüllen wollte, Mutter zu werden.

Ich verschenkte, was immer ich nicht unbedingt brauchte, und buchte von Helsinki aus einen One-Way-Flug.

Am Tag meiner Emigration im Februar 2017 hielt ich noch einen Vortrag bei der finnischen Nationalpolizei. Ich schloss mit dem Hinweis, ich würde das Land verlassen. Der Präsident drückte mir die Hand und wünschte mir eine gute Reise.

Zwei Stunden später saß ich im Flieger. Ich wusste nicht, ob ich in meinem neuen Land eine Aufenthalts-, geschweige denn eine Arbeitsgenehmigung bekommen würde. Ich hoffte nur, dass mir der Umzug meine Freiheit zurückbringen würde, und für die war ich bereit, jeden Preis zu bezahlen.

Ich weinte den ganzen Flug über.

Wie ein Dorfbandit

Als finnische Journalistin hatte ich mich Freiheiten erfreut, von denen andernorts viele Reporter nur träumen können. Darüber hinaus sorgen Straf- und Arbeitsrecht bei uns in Kombination mit der institutionellen Selbstkontrolle der Medien für ein sicheres und tragendes Umfeld.

Oder jedenfalls dachte ich das damals.

Im Winter 2013 hatte ich über die Proteste der ukrainischen Bevölkerung gegen ihren korrupten Präsidenten Wiktor Janukowytsch zu berichten begonnen. Im Zuge der Besetzung von Fernsehsendern und Verwaltungsgebäuden durch Kreml-freundliche »Separatisten« im Frühjahr 2014 stellte die Berichterstattung mangels solider faktischer Informationen zunehmend eine Herausforderung dar. Zusätzlich für Verwirrung sorgten die russischen Medien und eine Reihe sonderbarer Websites, die nicht nur die Ukraine als Aggressor in diesem Konflikt propagierten, sondern darüber hinaus auch noch die falsche Behauptung aufstellten, das Land befände sich im Aufruhr, obwohl in Wirklichkeit Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hatte.

Zuvor schon hatte ich über einen anderen, von russischer Propaganda besonders aufs Korn genommenen Konflikt berichtet, den Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien 2008. Aber die schiere Zahl weltweiter Fake-News-Kampagnen in den sozialen Netzwerken um Russlands geheime Operationen gegen die Ukraine 2014 überraschten mich dann doch.

Ich hatte schon immer eine Faszination für Konzepte wie nicht militärische Einflussnahme, psychologische Operationen und Propaganda. Nazi-Deutschland und die Sowjetunion haben der Welt gezeigt, wie man das Volksempfinden in den Griff bekommt und die Leute zu loyalen Untertanen erzieht. Zur Machterhaltung und zur Durchsetzung seiner überzogenen politischen Ambitio-

nen brauchte ein Diktator nur die freien Medien zu übernehmen und in ein Megafon des Regimes zu verwandeln – ob nach und nach oder staatstreichartig, spielte dabei keine Rolle.

Eine der effizientesten Methoden der Propaganda war, historisch gesehen, schon immer die Entmenschlichung des Feindes. Ist der Feind erst einmal dämonisiert, ist auch der Krieg gegen ihn gerechtfertigt, was wiederum den Soldaten zum Kampf für eine scheinbar gerechte Sache motiviert.

Die Neurowissenschaften zeigen, warum die Entmenschlichung so wirksam ist: Das menschliche Gehirn neigt von Natur aus zur Einteilung in Schwarz und Weiß und damit zur Diskriminierung. Rassistische Schlagworte und Feindbilder sorgen für heftige psychische Reaktionen und Voreingenommenheit. Diese Tendenz des menschlichen Gehirns zur Diskriminierung veranschaulichte 2006 eine Studie, in der dargelegt werden konnte, dass Versuchspersonen bei der Bewertung von Fotos von Obdachlosen dazu neigten, diese als »minderwertig« zu sehen.² Historisch gesehen hat Dämonisierung immer wieder zu Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt; entsprechend haben viele westliche Staaten Gesetze gegen die Aufstachelung zum Hass auf Minderheiten oder Ethnien verabschiedet.

2014 präsentierten die russischen Staatsmedien die Ukraine als ein von historisch wohlbekannten Feinden regiertes Land: Faschisten und Nazis. Der Erzählung des Kremls zufolge galt es, das ukrainische Volk zu befreien.

Als ich bemerkte, wie sich die Verschwörungserzählungen um die Ukraine im Internet ausbreiteten, begann ich mich für den russischen Informationskrieg gegen die internationale Gemeinschaft zu interessieren.

Im Herbst 2014 interviewte ich Andrei Illarionow, einen ehemaligen engen Berater Wladimir Putins, dem die internationalen Medien aufschlussreiche Einblicke in Russlands Vorgehen in der Ukraine verdanken. So hatte Illarionow zufolge der Kreml die

Operation gegen seinen Nachbarn bereits mehr als zehn Jahre zuvor geplant. Illarionow hatte Russland 2005 mit der öffentlichen Erklärung verlassen, das Land sei keine Demokratie mehr. Er zog in die Vereinigten Staaten und wurde dort Senior Fellow am Cato Institute.

Illarionows Aussagen zufolge lernte man psychologische Kriegsführung nicht nur an Schulen und Universitäten, man brachte sie auch den höheren Staatsdienern bei. Wie er erklärte, seien die russischen Medien keineswegs unabhängig, sondern Teil einer staatlich gelenkten Maschinerie zur Förderung der politischen Interessen des Kremls. Da sie im digitalen Zeitalter in Sekundenbruchteilen grenzübergreifend wirke, sei die Verbreitung von Online-Propaganda Illarionow zufolge ebenso billig wie effizient.³

Auf meine Frage nach dem Grund für Russlands Informationskrieg sagte er mir, es gehe darum, dem eigenen Volk wie dem Rest der Welt eine Rechtfertigung für den Überfall auf die Ukraine zu liefern. Und dann gehe es auch darum, den großen Zampano herauszukehren.

Es gab aber noch eine weitere Erklärung.

»Dem Kreml«, so sagte er, »ist es wichtig zu zeigen, dass er einen Informationskrieg führen *kann*. Russland ist wie der Dorfbandit, der der Welt zeigen möchte, dass er machen kann, was er will.«

Moderne Massenvernichtungswaffen

2013 flog in St. Petersburg eine sogenannte »Troll-Fabrik« auf. Unabhängige russische Journalisten hatten die Organisation infiltriert und dort als »Trolle« gearbeitet, wie die Propagandaarbeiter sich selbst bezeichneten. Diese Trolle bekamen ein Monatsgehalt dafür, als scheinbar unabhängige und ganz normale Bürger in den sozialen Netzwerken ihre persönliche Meinung zu posten.

Sie erstellten gefälschte Nutzerprofile und fluteten den Informationsraum der sozialen Netzwerke mit Lob für Putin und Spott für russische Oppositionelle und die USA.⁴ Einem BuzzFeed zugepielten Strategiepapier zufolge bestand das Ziel der Fabrik darin, das Gleichgewicht zwischen prorussischen und Russland-kritischen Kommentaren online zu verändern.«⁵ In der Praxis ging es darum, den Online-Diskurs über Russland zu manipulieren.

In Finnland waren die Trolle bereits im Kommen, als ich im Sommer 2014 Jarno Limnéll, einen finnischen Professor für Cybersicherheit an der Aalto University in Helsinki, zum Konzept der hybriden Kriegsführung interviewte.⁶ Regelmäßig, so sagte mir Limnéll, würden seine Tweets von russischsprachigen Trollen kommentiert und diffamiert. Darüber hinaus erklärte Carl Haglund, bis 2015 Finnlands Verteidigungsminister, unter seinen Postings zur Ukraine auf Facebook und Twitter hätten sich Hunderte von anonym verfassten Nachrichten angesammelt.

So machte ich mir dann doch langsam Sorgen um das Bedrohungspotenzial dieser Armee von nicht existenten Putin-Fans für die breite Öffentlichkeit. Wie viele mochten wohl unwissentlich einem Troll-Account folgen und so unter den Einfluss von Fehlinformationen aus der Tastatur russischer Propaganda-Agenturen geraten sein? In Finnland ist Russisch für über 70 000 Menschen die Muttersprache, und gerade diese Gruppe schien bezüglich dieser Art von Meinungsformung besonders empfänglich zu sein.

Wie die Forschung gezeigt hat, geht unser Gehirn mit den in sozialen Medien gebotenen Informationen nicht sonderlich kritisch um. Die Inhalte sozialer Netzwerke agitieren, provozieren, machen süchtig – sind also wie geschaffen für staatlich gesponserte psychologische Kriegsführung. Viele der Features sozialer Netzwerke lassen sich ausgezeichnet für international geführte Propagandafeldzüge einsetzen. Jeder Nutzer kann auf Sites wie Facebook und Twitter sein eigenes Botnetz einrichten oder eine Farm privater Accounts, um andere zu schikanieren. In den Hän-

den russischer Politechnologen werden diese Plattformen zu psychologischen Massenvernichtungswaffen.

Ich fasste den Entschluss, das Problem gemeinsam mit finnischen Internetnutzern anzugehen, und begann mit einer Methode aus dem Grundkurs für angehende Journalisten – ich stellte Fragen. Ich beschrieb den Modus Operandi des russischen Troll-Netzwerks und bat die Leute um ihre Erfahrungen mit anonymen oder gefälschten Profilen, die das Web mit russischer Propaganda fluten. Insbesondere wollte ich mehr über die Wirkung der Trolle auf real existierende Menschen erfahren.

In dem Wissen, dass Finnland noch heute unter einem als »Finnlandisierung« bekannten Erbe der Sowjetära leidet – der Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Kreml um Handelsbeziehungen und eines friedlichen Miteinanders willen –, rechnete ich mit einer heftigen Reaktion auf mein Projekt seitens Extremisten, Kommunisten, Verschwörungstheoretikern und Speichelleckern des Präsidenten selbst.

Doch dass die Veröffentlichung meines ersten einschlägigen Artikels im September 2014 das Ende meines alten Lebens bedeuten könnte, damit hatte ich nicht gerechnet.

»Zwischen uns beiden«

Kaum war mein Artikel erschienen, kam es sowohl auf meinen Social-Media- als auch auf meinen beruflichen Kommunikationskanälen zum Super-GAU. Ich erhielt Textnachrichten, Anrufe und E-Mails aus Russland, Kasachstan und von sonst wo aus der russischsprachigen Welt. Die durchweg anonymen Nachrichten bezichtigten mich – entweder auf Russisch oder in schlechtem Englisch – diverser Straftaten und meinten, ich gehörte »eingesperrt«. Bei einem Anruf von einer ukrainischen Nummer hörte ich einen Schuss.

Nie zuvor hatte ich dergleichen erlebt – ich nicht und auch sonst kein finnischer Journalist.

Vier Tage nach Veröffentlichung des Artikels setzte ich meinen Vorgesetzten davon in Kenntnis, was da passierte. Er meinte, wir sollten Yleisradios Sicherheitsabteilung zurate ziehen.

Als ich den Falschmeldungen über mich nachzugehen begann, stellte sich heraus, dass ein finnischer Staatsbürger namens Johan Bäckman gleich auf mehreren russischen Fake-News-Sites aus den Fingern gesogene Behauptungen über mich verbreitete. Bäckman ist berüchtigt für die Verbreitung russischer Propaganda. Er versucht noch nicht einmal, seine Beziehungen zu Russland zu verbergen, postet Fotos von sich mit Leuten aus der Führungsriege des Kreml und Abgeordneten der Duma, dem russischen Parlament.⁷ Seine militärischen Abenteuer mit russischen Truppen veröffentlicht er auf seinem YouTube-Kanal.⁸

Bäckman wird häufig von staatlich kontrollierten russischen Medien interviewt. In einem seiner bekanntesten Interviews, das über das vom russischen Staat gestützte internationale Propagandanez Russia Today (RT) ausgestrahlt wurde, erklärte Bäckman, die eigentlichen Mörder von Anna Politkowskaja, der 2006 in Moskau ermordeten russischen Investigativjournalistin und Kremlkritikerin, seien »die westlichen Medien«.⁹ Außerdem tourt er regelmäßig durch Russland sowie die von den Russen annektierte Krim und spricht in seinen Vorträgen vor Soldaten, Beamten und der Öffentlichkeit vom »Hybridkrieg des Westens gegen Russland«. Und Bäckmans Message ist bei den Russen angekommen; den unabhängigen Meinungsforschern im Levada Center zufolge waren 2014 etwa 80 Prozent der russischen Bevölkerung der Überzeugung, dass ihr Land das Ziel eines vom Westen ausgehenden Informationskriegs sei.¹⁰

Im selben Jahr erklärte Bäckman sich eigenmächtig zum finnischen »Vertreter« der Volksrepublik Donezk, einem selbsterklärten, international jedoch nicht anerkannten prorussischen und derzeit von Russland besetzten Gebiet in der Ostukraine.¹¹ Ein anderer finnischer Staatsbürger, der ebenfalls in die Ostukraine reiste, um auf russischer Seite zu kämpfen, sagte gegenüber der finnischen Presse, Bäckman habe ihm die Reise bezahlt und ein Visum für die Konfliktregion für ihn arrangiert.¹² Laut offizieller ukrainischer Ansicht unterstützt Bäckman Terroristen.¹³ Anfang 2019 verwehrte der ukrainische Staat ihm und drei weiteren Kreml-freundlichen Extremisten die Einreise. Auch Estland möchte ihn nicht im Land haben; Grund dafür, so munkelt man, seien seine Bemühungen, im Rahmen der Unruhen um den Umzug des *Bronze-Soldat* von Tallinn 2007 den Konflikt im Sinne des Kremls zu schüren.

Zur Zeit seiner Angriffe gegen mich vertrat Bäckman das Russische Institut für Strategische Studien, eine Denkfabrik der Regierung Putin in Moskau. Das Institut liefert dem Präsidenten, der Regierung und der Duma eigenen Aussagen nach »Empfehlungen und analytisches Material«. Die Mitarbeiter des Instituts sind durch die Bank ehemalige KGB-Leute sowie gegenwärtige Offiziere der russischen Sicherheitskräfte und sind allesamt von Putin persönlich bestellt. 2014 war der Chef des Instituts Leonid Reschetnikow, Generalleutnant von Russlands Auslandsgeheimdienst SWR.

Während Bäckman in der Öffentlichkeit den Kreml-freundlichen Dorfidioten gibt, »den man nicht ernst nehmen sollte«, hat er fast hundert Strafanträge gegen Journalisten und Rechercheure gestellt, die sich mit Russland befassen¹⁴, was unter Journalisten für eine Atmosphäre der Angst gesorgt hat. Einige Nachrichtenredaktionen haben die Berichterstattung über Bäckman ausgesetzt, da es viele Herausgeber für einfacher halten, erst gar nicht über seine Aktivitäten zu berichten, als Ressourcen für die Be-

schäftigung mit seinen Klagen abzustellen oder auf zu befürchtende Schmutzkampagnen zu reagieren. Ein gut unterrichteter finnischer Journalist bezeichnete Bäckman als »Ein-Mann-Troll-Fabrik«.¹⁵ Selbst Vertreter von Staat und Regierung vermeiden die öffentliche Diskussion seiner Umtriebe, was es Bäckman ermöglichte, ungehindert weiter die Trommel für die Aggressionen des Kreml zu rühren.

Tatsächlich beschuldigte mich Bäckman krimineller Aktivitäten und behauptete unter anderem auf russischen Fake-News-Seiten, ich würde eine Liste von Putin-Anhängern in Finnland zusammenstellen, die ich an die Vereinigten Staaten schicken und damit eine Diskriminierung der in Finnland lebenden Russen provozieren würde. Er behauptete, ich sei NATO-Mitarbeiterin und hätte Verbindungen zur estnischen Sicherheitspolizei Kapo. Die Artikel waren einander so ähnlich, dass sie anscheinend einer Pressemitteilung entstammten, die Bäckman an verschiedene Websites geschickt hatte. Das Schlimmste aber war, dass sie meine E-Mail-Adresse und Telefonnummer enthielten – so konnten mich zahllose Menschen auf direktem Wege belästigen. Ich erfuhr am eigenen Leib, wie Desinformation erfolgreich und strategisch eingesetzt wird, um Menschen zu aggressivem Verhalten zu bewegen.

Als Bäckman mit seinen Anwürfen gegen mich begann, rief ich ihn an und fragte, warum er das tue. Es sei eben »Politik«, sagte er. Als ich ihn das näher auszuführen bat – »Politik in wessen Namen und gegen was?« –, legte er auf.

Selbstverständlich forderte ich Bäckman im Lauf der nächsten anderthalb Jahre wiederholt auf, seine gegen mich verbreiteten Falschmeldungen zu korrigieren. Nicht nur lehnte er jedes Mal ab, er begann mich obendrein mit privaten Nachrichten zu bombardieren. Er manipulierte mich, verspottete mich, schmeichelte mir sogar zuweilen, lud mich zu seinen Konferenzen ein – nach Moskau, St. Petersburg, auf die Krim. Und er drängte mich, per-

sönliche Informationen preiszugeben. Nachdrücklich bestand er auf einem persönlichen Treffen, bünderte sich an, um es zu bekommen, und versprach mir, in den sozialen Netzwerken nicht mehr über mich zu posten, wenn ich mich mit ihm traf. Das Treffen würde ein Geheimnis zwischen uns beiden bleiben. Aus dem Wortlaut seiner Nachrichten schloss ich, dass ihn insbesondere meine Recherche über die vom Kreml beauftragten Trolle beunruhigte.

Hätte ich mich tatsächlich mit ihm getroffen, er hätte versucht, mich zu einer Zusammenarbeit mit ihm zu nötigen oder mich auf die eine oder andere meiner beruflichen Laufbahn nicht eben förderliche Weise zu kompromittieren.

So lehnte ich seine Angebote ab, mich mit ihm zu treffen, und reagierte auf seine Einschüchterungsversuche im Internet mit Schweigen oder der Aufforderung, seine falschen Anschuldigungen gegen mich zu korrigieren. Wozu es freilich bis heute nicht gekommen ist.

* * *

Vier Jahre später saß ich als klageführende Partei vor drei Richtern eines Bezirksgerichts in Helsinki. Der Staatsanwalt sprach in seiner Klageschrift von einem Beispiel informativer Einflussnahme von außergewöhnlicher Feindseligkeit.

Als meine Anwältin mich fragte, wie sich mein Alltag verändert hatte, seit Johan Bäckman in mein Leben getreten war, brach ich in Tränen aus.

2. Der Diplomat

Drei Jahre nachdem der litauische Diplomat Renatas Juška 2013 seinen Posten als Botschafter in Ungarn verloren hatte, verliefen die polizeilichen Ermittlungen um den rechtswidrigen Lauschangriff auf von ihm in seiner Zeit als Botschafter geführte Telefonate im Sand.

Noch nicht einmal digitale Forensiker hatten eine Antwort auf die brisante Frage: Wer hatte heimlich die Gespräche zwischen Juška und einem Kollegen in Wilna belauscht, aufgezeichnet und die Aufnahmen dann manipuliert auf YouTube eingestellt? Mit Sicherheit war es nicht »Zydrunas Gerintas«, der die Videos hochgeladen haben will. Zydrunas Gerintas mag sich nach einem litauischen Namen anhören, aber außerhalb des Internets scheint er schlicht nicht zu existieren.

Den Ermittlungen der litauischen Polizei zufolge hatte jemand die Bänder über ein Mobilgerät von einer nicht zu identifizierenden IP-Adresse aus hochgeladen. Man hatte sich mehrmals an YouTube mit der Bitte um nähere Informationen gewandt, aber das Unternehmen hatte nicht reagiert.

Die Forensiker durchkämmten die Dateien mit einer speziellen Software und arbeiteten ein dumpfes Geräusch zu Beginn eines der Anrufe heraus, das sie als »das Ein- oder Ausschalten eines Geräts« interpretierten. Die technische Untersuchung bestätigte, was Juška seit Beginn des Skandals im Sommer 2013 immer wieder beteuert hatte: Die Aufnahmen seien aus mehreren Telefonaten mit einem Kollegen zusammengeschnitten. Auf YouTube

jedoch hatte man die Schnipsel als einen zusammenhängenden Anruf dargestellt.

Mit sensationsheischenden englischen Schlagzeilen und Untertiteln versehen, richteten die Videos sich eindeutig an ein internationales Publikum. Sie stellten den Botschafter als undiplomatisch und leichtfertig dar und damit als ungeeignet für eine so verantwortungsvolle Position. Gleichzeitig lud man noch zwei weitere Telefonate auf YouTube hoch. Bei diesen handelte es sich um Aufzeichnungen von Telefonaten des litauischen Botschafters im aserbaidischen Baku mit einem Kollegen in Wilna.

Juška wurde nicht zum ersten Mal das Opfer von *kompromat*, wie man »kompromittierendes Material« im russischen Geheimdienstjargon nennt. Er hatte die Skandale der vorangegangenen sieben Jahre jedoch mit – fast – weißer Weste überstanden, weil sein Arbeitgeber, Litauens Außenministerium, öffentlich hinter ihm stand und eine schützende Hand über ihn hielt. Die manipulierten Videos allerdings, die schlampige litauische Medien als »Leaks« deklarierten, waren denn doch zu viel. Nach einem Monat Druck seitens der Öffentlichkeit und Hearings im Parlament zogen seine Vorgesetzten Juška schließlich von seinem Posten in Budapest ab und zitierten ihn nach Hause.

Man hatte Botschafter Juška jedoch nicht von ungefähr aufs Korn genommen: Er war zur Zielscheibe geworden, weil er seit jeher für die Demokratie eintrat.

Renatas Juška, Streiter für Menschenrechte und Visionär, hatte Geschichte studiert. Seine berufliche Laufbahn begann 1995, er war gerade mal dreiundzwanzig Jahre alt, beim litauischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Erst fünf Jahre zuvor hatte Litauen nach einer von Gewalt geprägten sowjetischen Besatzung seine Unabhängigkeit erklärt. Juškas Arbeit im Außen-

ministerium konzentrierte sich hauptsächlich auf Litauens südöstlichen Nachbarn Belarus, eine ehemalige Sowjetrepublik, die damals – daran hat sich bis heute nichts geändert – erheblich unter russischem Einfluss stand.

Als junger Diplomat arbeitete Juška eng mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammen und schließlich als Berater für den litauischen Botschafter in der belarussischen Hauptstadt Minsk.

In dieser Zeit sah sich Juška erstmals mit dem Phänomen der Einschüchterung konfrontiert. In einer für den russischen Geheimdienst typischen Aktion brach jemand in seine Minsker Wohnung ein und hinterließ etwas Zigarettenasche im Ausguss seiner Küche. Weder Juška selbst noch einer seiner Angehörigen rauchte. »Ich empfand das als unangenehm«, sagte mir Juška, »akzeptierte es aber als Teil meines Jobs.«

Außerdem erlebte Juška während seiner Zeit in Belarus, wie Wahlen manipuliert wurden, um die Verlängerung der Präsidentschaft des Kreml-Protegés Alexander Lukaschenko zu garantieren. Anfangs vergewisserte man sich des Wahlsiegs durch korrupte Wahlleiter; später dann änderte man die Verfassung, was es Lukaschenko erlaubt hat, von 1994 bis heute auf unbestimmte Zeit im Amt zu bleiben.

Im Fernsehen allgegenwärtig, präsentierte Lukaschenko sich Belarus als einzige Option. Darüber hinaus sparte er nicht mit Spott gegenüber Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Bereits 1999 verschwanden in Belarus erste Oppositionelle – Aktivisten und Journalisten. Wer sich näher mit belarussischer Politik beschäftigte, konnte sehen, dass Lukaschenko sich – mit dem Segen Moskaus – als Diktator zu gebärden begann.

Im Gegensatz zu heute war es für westliche Diplomaten damals eher ungewöhnlich, sich in ehemaligen Sowjetrepubliken hinter Oppositionelle oder aktive Bürgerrechtler zu stellen. Lieber verschleierte man im Westen seine Unterstützung, sei es durch nicht-

staatliche Organisationen (NGOs) oder Stiftungen, und ließ diese an seiner statt agieren. Litauen dagegen, wo man die sowjetischen Unterdrückungstaktiken noch in bester Erinnerung hatte, zog es als jüngst wiedergeborene Demokratie nach westlichem Muster vor, den direkten Kontakt mit prodemokratischen Aktivisten ehemaliger Sowjetstaaten zu suchen.

Nachdem Juška 2003 wieder nach Wilna zurückgekehrt war, beauftragte ihn das Außenministerium mit der Pflege der Beziehungen zu den schwachen belarussischen Oppositionsgruppen, dortigen NGOs, aber auch zu Politikern marginalisierter Parteien. Auf ihn gehen Idee und Umsetzung von Litauens Entscheidung zurück, der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität Minsk eine Zuflucht zu bieten, Belarus' einzige unabhängige Hochschule, bis Lukaschenko sie 2004 schließen ließ. Heute arbeitet diese einzigartige Bildungseinrichtung mit Fokus auf den Geisteswissenschaften im litauischen Exil. Zahlreiche junge Belarussen studieren dort in der Hoffnung auf einen EU-konformen akademischen Grad. »Das litauische Außenministerium«, sagte Juška dazu, »war eines der ersten, wenn nicht gar überhaupt das erste, das mit der demokratischen Opposition Weißrusslands direkt in Verbindung trat. Was ein mutiger Schritt war, schließlich wussten wir alle, dass das zu zahlreichen Komplikationen führen konnte. Aber ich bin stolz darauf, bei diesen ersten Schritten mit von der Partie gewesen zu sein.«

Während Belarus sich auf internationalem Parkett unverhohlen für Doktrin und Interessen des Kremls starkmachte, herrschte bei den meisten westeuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Russland zu der Zeit immerhin Optimismus. Geduldig wartete man hier darauf, dass Wladimir Putin den Reformweg hin zu einer russischen Demokratie einschlagen würde. Dem Westen lag ernsthaft am Aufbau für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen mit dem Regime des ehemaligen KGB- und FSB-Agenten, der es 2000 bis hoch zum Präsidenten der Russischen Föderation gebracht hatte.

In den ersten Jahren seiner Regierungszeit signalisierte er seine Bereitschaft zur Kooperation mit dem Westen. Offiziell war Russland strategischer Partner der Europäischen Union, und nach den Anschlägen des 11. September 2001 sagte Putin der westlichen Koalition unter Leitung der USA seine Unterstützung beim Kampf gegen den Terror des internationalen Dschihadismus zu. Zu jener Zeit wurde in der Öffentlichkeit eher selten Besorgnis über verdeckte russische Operationen oder Fake News laut. Und hätte jemand solche Ansichten mit Nachdruck vertreten, man hätte ihn glatt als Verschwörungstheoretiker abgetan.

Juška und seine Kollegen vom litauischen Außenministerium jedoch erkannten, dass Belarus nur ein Testgelände für russische Geheimdienste und politische Manipulatoren war. Falls es Putin gelang, Belarus vom Informationsaustausch und den Werten des Westens abzukoppeln, könnte der Kreml ähnliche Techniken auch innerhalb der eigenen Grenzen anwenden und schließlich auch darüber hinaus.

* * *

Kaum fünfzig Kilometer von der litauischen Hauptstadt Wilna entfernt verletzte man die Menschenrechte belarussischer Bürger; mit der Demokratie von Belarus ging es bergab. Juška verfolgte die Entwicklung mit Sorge. Er reagierte unter anderem damit, die demokratischen Aktivisten der Region zusammenzubringen, darunter auch Jugendbewegungen wie die georgische *Kmara!* (Genug!), den Ukrainischen Ersten Maidan und Serbiens *Otpor!* (Widerstand!). Sein Team half den Belarussen mit Kontakten zu Geldgebern aus, mit der Organisation von Meetings sowie mit Brainstorming-Kampagnen für Menschenrechte und europäische Werte.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen sollten 2006 stattfinden, und man konnte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlich-

keit davon ausgehen, dass man sie manipulieren würde. Lukaschenkos Regime hatte ein Frühwahlsystem eingeführt, das den Wahlbetrug zum Kinderspiel machte. Mit einem starken Mandat des litauischen Außenministeriums im Rücken versuchte Juška, die schwachen Oppositionsgruppen zu stärken, die Belarus in Richtung einer modernen Demokratie nach westlichem Vorbild zu dirigieren versuchten. Er tauschte sich mit den prodemokratischen Präsidentschaftskandidaten Alexander Milinkewitsch und Alexander Kasulin aus. Da weder internationale nicht staatliche Organisationen noch westliche Geldgeber im Land tätig werden durften, traf man sich regelmäßig zur Koordination in Litauen. »Wir halfen mit Rat, kreierte proeuropäische Wahlversprechen und Initiativen, ersannen Mittel und Wege, Informationsmaterial in Druck zu geben und im ganzen Land zu verteilen«, sagte Juška. »Außerdem legten wir uns mächtig ins Zeug, die Stimme des weißrussischen Volks in den internationalen Medien vernehmbar zu machen.«

Georgien und die Ukraine hatten jüngst die sogenannten Farbenrevolutionen erlebt: landesweite friedliche Proteste, bei denen Bürger lautstark ihren Wunsch nach einer Integration in die Europäische Union und die weitere westliche Welt kundtaten und sich von ihren korrupten Regimen distanzieren, die nach der Pfeife des Kreml tanzen. »Wenn die belarussische Opposition etwas erreichen wollte, musste sie auf die Straße gehen und protestieren. Es war die einzige Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass eine so offensichtlich manipulierte Wahl im Herzen Europas nicht unbemerkt bleibt«, erklärte Juška.

Zu besagter Wahl kam es am 19. März 2006. Ein Wahlauschuss aus Marionetten von Lukaschenkos Regime behauptete, die Wahlbeteiligung habe bei 92,6 Prozent gelegen, und erklärte Lukaschenko mit sage und schreibe 82,6 Prozent der Stimmen zum überragenden Sieger. Der Oppositionskandidat Alexander Milinkewitsch schnitt mit angeblich sechs Prozent als Zweiter ab.¹

Die Opposition stellte das Resultat natürlich sofort infrage, und ein unabhängiges Forschungsinstitut bezifferte das eigentliche Ergebnis für Lukaschenko auf 40 Prozent. Womit eine zweite Wahlrunde nötig war.

Zum Entsetzen des Regimes kam es zu Massenprotesten. Am Wahlabend selbst fanden sich trotz Eiseskälte auf dem Minsker Oktjabrskaja-Platz Tausende ein, vor allem Studenten. Sie errichteten ein kleines Zeltdorf, kletterten auf die Dächer von Bussen, hielten Ansprachen und skandierten: »Mutterland! Freiheit! Luka raus!« Fünf Tage und Nächte lang war der Platz gerammelt voll mit Demonstranten. Lukaschenkos engerer Kreis ließ KGB-Leute kommen, um die Studenten zu filmen. Als diese sich dadurch nicht abschrecken ließen, wurden sie von aggressiven Provokateuren und einer organisierten Gruppe zorniger alter Frauen angegriffen – Babuschkas, die die Studenten beschuldigten, »für Amerika zu arbeiten«.

Am fünften Tag dann rückten Sondereinsatzkräfte der Polizei mit Lastkraftwagen an. Sie isolierten die Reporter auf dem Platz, die über die Unruhen berichteten, zerrten die Demonstranten in die Laster und verfrachteten sie ins Gefängnis. Spruchbänder, Zelte, Grillanlagen und Kochkessel wurden demoliert. Lukaschenko befand sich Gerüchten zufolge währenddessen in einer Militärkaserne in Sicherheit, im am westlichen Rand der Republik gelegenen Hrodna, und wartete ab.

Das war denn auch das Ende der Jeans-Revolution, wie man die Proteste später nennen sollte.

Diese Proteste waren der Grund dafür, dass Renatas Juška zum ersten Mal zur Zielscheibe russischer Spezialinformationsoptionen wurde.

Erste Anschuldigungen

Im Gefolge der Proteste auf dem Oktjabrskaja-Platz gab der belarussische KGB eine Pressekonferenz. (Der belarussische KGB ist der einzige nationale Zweig der berüchtigten Organisation, der sich nach dem Zerfall der Sowjetunion weder reformiert noch umbenannt hat.) In einem live im Fernsehen übertragenen Interview bezichtigte ein Geheimdienstler die USA, zusammen mit Nachbarstaaten in Weißrussland »terroristische Anschläge« organisiert zu haben, die belarussische Sicherheitskräfte jedoch erfolgreich hatten abwehren können. Dann folgte eine Auflistung der Drahtzieher dieser angeblichen Anschläge: Renatas Juška, sein litauischer Diplomatenkollege sowie zwei für prodemokratische Spendenorganisationen tätige US-Bürger. Juška wurde der »Unterstützung von Terroristen« bezichtigt, ein Stigma, das fortan in den von Lukaschenko kontrollierten weißrussischen Medien zirkulierte. Mit wörtlichem Bezug auf die Behauptungen des KGB berichteten daraufhin auch Litauens Medien, Juška und sein Kollege aus dem diplomatischen Korps hätten »sich in die weißrussischen Wahlen eingemischt«.

Aber das war nur der Anfang.

Minsk benachrichtigte anschließend Interpol, die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation mit Sitz in Lyon, und wollte Juška auf die Liste der international gesuchten Personen gesetzt sehen. Der litauische Geheimdienst untersuchte den so offensichtlich politisch motivierten Antrag, befand ihn aber für gegenstandslos und weigerte sich, Juška verhaften zu lassen. Nichtsdestoweniger riet man Juška dringend von Reisen nach Russland und Belarus ab.

Im April 2006, einen Monat nach diesen Anschuldigungen, brachten die internationalen Medien den nächsten fingierten Skandal um Juška. Der russische Fernsehsender ORT, der heute als Perwy Kanal (Erster Kanal) firmiert, veröffentlichte die Aufzeichnungen mehrerer angeblicher Telefonate zwischen Giwi Targamadse, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit beim georgischen Parlament, einem weiteren litauischen Diplomaten und Juška selbst. Dem berüchtigten russischen Politikkommentator Michail Leontjew zufolge, der die Telefonate in seiner Fernsehsendung abspielte, und einem Artikel auf der Website von ORT »bewiesen« die Mitschnitte, dass Juška und die beiden anderen die Ermordung des belarussischen Oppositionellen Alexander Milinkewitsch diskutiert hätten. (Dabei hatten Juška und das litauische Außenministerium Milinkewitsch unterstützt.) ORT behauptete, die Datei von einer »den georgischen Sicherheitsdiensten nahestehenden Quelle« bekommen zu haben. »Diese Datei ist der schlichte Beweis dafür, wer die ›orange‹ Revolutionen organisiert und wie«, log ORT. Um weitere sogenannte Beweise zu liefern, veröffentlichte ORT die Telefonnummern, von denen aus die angeblich authentischen Anrufe getätigt wurden, und das jeweilige Datum.²

Die gefälschten Transkripte sind nach wie vor auf diversen georgischen, russischen und weißrussischen News Sites zu finden. In ihnen wird behauptet, dass Juška, sein litauischer Kollege und Targamadse zusammen mit Targamadses Schwager die Ermordung von Milinkewitsch verabredet hätten – sogar von einem Honorar von entweder 10 000 oder 20 000 US-Dollar ist da die Rede.³ Den gefälschten Transkripten zufolge sagte Targamadse, der damals ein Amt in der Regierung des prowestlichen georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili innehatte, mit Bezug auf den geplanten Mord, er »schwöre im Namen meines eigenen Kindes, dass ich jede Nacht davon träume«. In seiner TV-Sendung verspottete der Politikkommentator Leontjew Targamadse als »sen-

timental« und bezeichnete die Teilnehmer an den Telefonaten als »Gegner, die nicht nur kriminell, sondern entartet« seien.⁴

Die Wahrheit freilich sah anders aus. Sicher, Juška und die anderen hatten miteinander telefoniert, nur hatten sie nichts von alledem gesagt, was Leontjew da behauptete. »Sie haben sich die Artikel aus den Fingern gesogen, erst in Russland und dann über die Grenzen hinaus«, sagte Juška mir. »Meiner Ansicht nach war das einer der ersten Projekte der Russen dieser Art, wenigstens hinsichtlich Georgien und Litauen. Und weil es so neu war, klappte es auch recht gut.«

Auch die Medien in Litauen und Georgien griffen die fingierte Meldung um das Mordkomplott gegen Milinkewitsch auf. Juška und die anderen, die sich hier fälschlicherweise belastet sahen, mussten sich gegen die Anschuldigungen verteidigen, mussten den Journalisten gegenüber klarstellen, dass es sich hierbei um eine Provokation aus Russland handele. »Ich bin sicher, dass es nicht einen einzigen normalen Menschen gibt, der diese von Leontjew erfundene Dummheit ernst nimmt«, sagte Giwi Targamadse gegenüber den Medien. »In der nächsten Sendung wird er mich beschuldigen, Kennedy umgebracht zu haben, und dass ich einen Tunnel von London nach Bombay zu graben versuche. Das ist doch der ernsthaften Erörterung gar nicht wert.«⁵

Mindestens einer von Targamadses politischen Gegnern machte sich den Skandal zunutze und verlangte von ihm, »seine Unschuld unter Beweis zu stellen«. In der litauischen Presse sorgte der Fall mehrere Wochen für Schlagzeilen und warf Fragen über die Sicherheit der Telefonate von Staatsbediensteten auf. »Obwohl wir den Medien versicherten, dass das Ganze gefälscht und eine Provokation von russischer Seite sei, haben uns viele nicht geglaubt. Warum die Russen so etwas tun sollten, fragten sie und dachten, irgendetwas muss wohl dran sein«, teilte Juška mir mit. Es wurde zunehmend klar, dass Fake News russischer Provenienz, einschließlich illegaler und manipulierter Mitschnitte von Telefo-

naten, dazu eingesetzt wurden, um Misstrauen nicht nur in der Öffentlichkeit zu säen, sondern auch zwischen sorgfältig ausgewählten Zielgruppen – in diesem Fall georgischen und litauischen Entscheidungsträgern und Medien im jeweiligen Land.

Vertreter der georgischen Regierung sagten der Presse gegenüber, sie vermuteten russische Sicherheitsdienste hinter den Lauschangriffen, und tippten auf zwei russische Militärbasen auf georgischem Staatsgebiet. So war es denn nur folgerichtig, davon auszugehen, dass auch die Manipulation der Mitschnitte auf das Konto des einen oder anderen russischen Geheimdienstes ging, der sie dann wiederum den russischen Medien zuspielte. Litauen war jahrzehntelang von den Sowjets besetzt gewesen, und die führenden Leute in Staat und Regierung waren sich russischer Einmischungsversuche nur allzu bewusst.

Juškas Kollegen kannten und respektierten seine Hingabe an die Sache der Demokratie ebenso wie seinen Sachverstand. Er stand für sie ganz in der Tradition des litauischen Widerstands. So sorgten denn auch die Skandalgeschichten zunächst weder für Probleme noch für Misstrauen zwischen ihm und seinen Vorgesetzten. Juška wusste damals seinen Staat voll und ganz hinter sich, auch wenn die Risiken seiner Tätigkeit offensichtlich waren. »Echte Menschen, Oppositionelle und Bürgerrechtler riskieren nun mal Unterdrückung, Verfolgung oder Inhaftierung und benötigen so konkrete Unterstützung«, sagte er mir. »Und echte Menschen, Diplomaten oder die Aktivisten von NGOs, gewöhnliche ›Soldaten‹ oder ›Freiheitskämpfer‹, die solche Unterstützungsprojekte übernehmen, sind sich des Risikos, angeschwärzt oder verleumdet zu werden, durchaus bewusst. Diese Soldaten können nur darauf hoffen, dass ihre ›Generäle‹ sie schützen, wenn es hart auf hart kommt. Und ich war so ein Soldat.«

Juškas Kollegen bezeichneten ihn hier und da scherzhaft als Revoluzzer. Aber als mit der Zeit ein Skandal dem anderen folgte, begannen auch sie an ihm zu zweifeln. Man fragte sich hinter sei-

nem Rücken, ob er nicht vielleicht doch etwas mache, was sich für einen Diplomaten nicht gehörte. Oder ging das, was er tat, vielleicht über seine Pflichten hinaus? »Über so was kann ich nur lachen«, sagte Juška mir gegenüber. »Heute organisiert die Europäische Union, wie auch mein eigenes Land, öffentliche Veranstaltungen zur Unterstützung der weißrussischen Oppositionsführer. Und das zu Recht.«

Unglücklicherweise waren Juškas Stalker noch nicht fertig mit ihm.

Säuberungen im Cyberspace

Vermutlich war Litauen den politischen Manipulatoren in Russland schon einige Zeit ein Dorn im Auge gewesen – womöglich seit seiner Erklärung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion im März 1990. Immerhin war es die erste ehemalige Sowjetrepublik, die diesen Weg beschritt. Wladimir Putin sollte den Zusammenbruch der Sowjetunion später als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnen.⁶

Nach Jahrzehnten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Regression hatte Litauen sich entschlossen, seine Zukunft im Bund mit dem Westen zu sehen. Eine Nation von damals weit über drei Millionen Einwohnern sprach sich 2004 für den Beitritt zu EU und NATO aus. Als Putins Russland einen aggressiveren Kurs gegenüber seinen Nachbarn einzuschlagen begann, forderten litauische Diplomaten ihre russischen Kollegen wiederholt zur Achtung der Menschenrechte und westlicher demokratischer Prozesse auf – und sie möchten doch bitte das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland und andere internationale Abkommen respektieren. Litauen war wahrscheinlich das Land, das mit seinen unbequemen Fragen bezüglich Russland international am lautesten auftrat. Und den Russen schmeckte das